



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Tätigkeitsbericht

Dezember 2009
September 2012

SPE

KONGRESS

28/29 September

2012

Dieser Bericht über die Aktivitäten der Fraktion schließt den ersten, im SPE-Kongress in Prag im Dezember 2009 eingereichten Bericht, ab. Dieser frühere Bericht umfasste einen kurzen Zeitraum und konzentrierte sich auf Aktivitäten und Entwicklungen, die nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 stattgefunden hatten¹. Jetzt ist es an der Zeit, über einen längeren und aussagekräftigen Zeitraum während der jetzigen Legislaturperiode hinsichtlich der Aktivitäten, Erfolge und Erwartungen Bilanz zu ziehen.

¹ Tätigkeitsbericht der SPE-Fraktion während der letzten Legislaturperiode:
www.socialistsanddemocrats.eu/gpes/media3/documents/2890_en_PSE_group_achievements_en_090514.pdf.
"A proud record of achievement - Socialists at work in the European Parliament of 2004-2009".

**Fraktion der Progressiven Allianz
der Sozialdemokraten im
Europäischen Parlament**

Die Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Die Legislaturperiode 2009 – 2014 begann mit der Gründung der neuen Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, in der alle Kräfte eingegliedert wurden, die in der früheren SPE-Fraktion vertreten waren, sowie die italienische „Partito Democratico“. Fraktionsvorsitzender war zunächst Martin Schulz, bis zu seiner Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments im Januar 2012. Die Fraktion wählte Hannes Swoboda zum neuen Fraktionsvorsitzenden.

Das Ergebnis der Europawahl 2009 – 184 von 736 Sitzen – lag unter unseren Erwartungen – im Vergleich zu 217 von 785 Sitzen während der letzten Legislaturperiode. Die S&D-Fraktion fiel damit auf exakt 25% der Sitze im Europäischen Parlament zurück, ein Verlust von 2,6% gegenüber der letzten Legislaturperiode. Die neue S&D-Fraktion ist dabei so „gesamteuropäisch“ ausgerichtet wie nur möglich, denn sie ist die einzige Fraktion, in der nationale Delegationen aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Beobachter aus Kroatien vertreten sind.

Im Juli 2012 vergrößerte sich die Fraktion auf 189 Mitglieder².

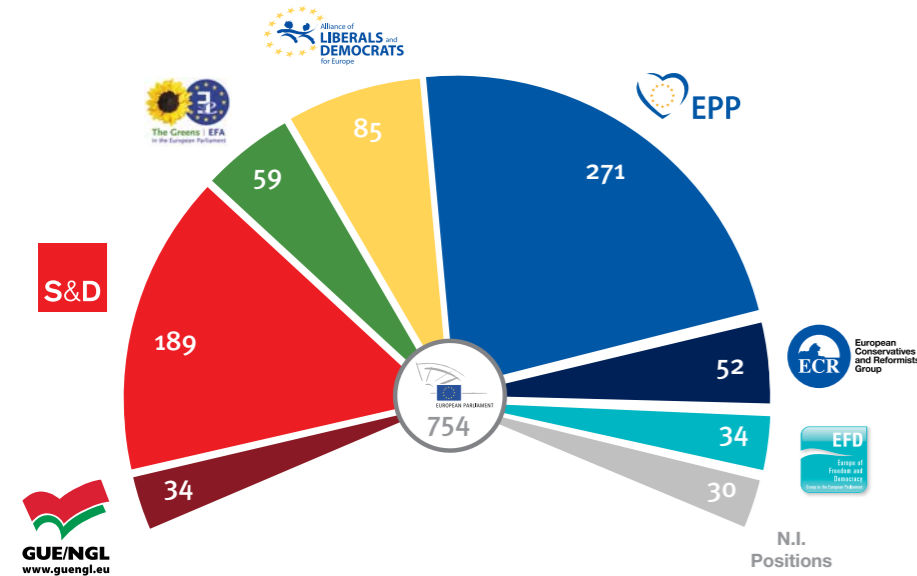
Nach den Europawahlen 2009 gelang es der EVP, sich als größte Fraktion zu halten, trotz des Austritts der britischen und tschechischen Konservativen. Auf dem rechten und extrem rechten Flügel bildeten sich zwei neue Fraktionen: die Europäischen Konservativen und Reformisten, die sich hauptsächlich aus den konservativen, euroskeptischen Kräften aus Großbritannien, Polen und Tschechien zusammensetzen, sowie die Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie, ein Zusammenschluss aus anti-europäischen, fremdenfeindlichen und extrem rechten Mitgliedern.

Durch den Rechtsruck des EPs ist die S&D-Fraktion herausgefordert, ihre entscheidende Rolle im Europäischen Parlament beizubehalten, zumal dessen Befugnisse durch das Inkrafttreten des Lissabonvertrages im Dezember 2009 erheblich erweitert wurden. In der letzten Legislaturperiode spielte die SPE-Fraktion eine entscheidende Rolle bei der Bildung progressiver Mehrheiten. Diese Mehrheiten stützten sich auf breite Übereinstimmung in der SPE-Fraktion und, in einigen politischen Kernbereichen, auf eine Allianz mit den Grünen und der GUE-Fraktion sowie eine Spaltung der Liberalen und/oder der EVP. In sozialen und ökonomischen Fragen kann

traditionell eine zur Mitte hin orientierte Gruppe innerhalb der EVP unter gewissen Umständen für unsere Seite gewonnen werden. Was progressive Werte, ethische Fragen und Nichtdiskriminierung betrifft, sind die Liberalen ein potenzieller Partner. Gleichwohl war es schwieriger geworden, im neuen, stärker rechtsorientierten Parlament progressive Mehrheiten zu bilden.

Vor diesem Hintergrund muss unsere Fraktion so geschlossen wie möglich bleiben. Unser Ziel ist stets, eine gemeinsame Linie in politischen Fragen zu finden, auch wenn die Positionen innerhalb der Fraktion unterschiedlich sein können. Wir wissen aus Erfahrung, dass der Aufbau einer gemeinsamen und progressiven politischen Vision der Schlüssel zum politischen Erfolg unserer Fraktion ist. Dies ist ein großer Unterschied zur EVP, bei der es sich im Wesentlichen um eine Ansammlung politischer Kräfte handelt, von Zentrumskräften der „alten Garde“ über Christdemokraten bis hin zu radikaleren, hart an der Grenze zur extrem Rechten angesiedelten Parteien. Allzu oft scheint es, als ginge es dieser Fraktion einzig darum, den sozialdemokratischen und anderen progressiven Kräften in Europa ihre numerische Größe entgegenzusetzen.

„ Gleichwohl war es schwieriger geworden, im neuen, stärker rechtsorientierten Parlament progressive Mehrheiten zu bilden. „



Das EP setzt sich seither folgendermaßen zusammen (stand 11. Juli 2012)

² Durch die im Lissabonvertrag vorgesehene Aufnahme von 18 neuen Abgeordneten.

Die S&D-Fraktion wird weiterhin um progressive Mehrheiten im Europäischen Parlament kämpfen, in erster Linie durch Bündnisse mit allen linken Fraktionen und in zweiter Linie durch Verhinderung einer Mehrheitsbildung durch den rechten Flügel.

Was die interne Organisation unserer Institution angeht, so hat die Konstituierung des Europäischen Parlaments von 2009 gezeigt, dass eine verringerte Zahl von S&D-Abgeordneten nicht unbedingt eine schwächere Position bedeuten muss. Anlässlich der Halbzeitüberprüfung der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments im Januar 2012 haben die Kombination von guten Kandidaten und geschickten Verhandlungen erneut zur Besetzung von Schlüsselpositionen geführt, sowohl auf Verwaltungsebene der Institution als auch auf Ebene der parlamentarischen Ausschüsse. Zuerst wurde der Fraktionsvorsitzende der S&D-Fraktion, Martin Schulz, mit einer komfortablen Mehrheit von 387 der insgesamt 670 Stimmen zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Zudem besetzen Abgeordnete der S&D-Fraktion die drei ersten Vizepräsidentenämter (Giovanni Pittella, Miguel Ángel Martínez Martínez und Anni Podimata) sowie zwei Abgeordnete die Quästorenämter (Boguslaw Liberadzki und Lidia Geringer De Oedenberg).

Folglich ist die Fraktion stark in die internen Politiken des EPs involviert: Haushalt, Informationspolitik, Kommunikation und Beziehungen zu den Bürgern, legislative Vermittlungsverfahren und Beziehungen des EPs zu den nationalen Parlamenten, EU-Beitrittskandidaten, Mittelmeerregion, Lateinamerika, Vereinte Nationen, Europarat und andere multilaterale Organisationen.

Auch hinsichtlich der Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse war die Halbzeitüberprüfung für die S&D-Fraktion erfolgreich. Zwar hat sich die Anzahl der Vorsitze (6 von 21) verringert (nach dem d'Hondt-System); gleichwohl ist es uns gelungen, folgende Schlüsselpositionen zu besetzen:

- **Pervenche Berès** - Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
- **Paolo De Castro** - Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- **Matthias Groot** - Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
- **Juan Fernando López Aguilar** - Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
- **Vital Moreira** - Ausschuss für Internationalen Handel
- **Brian Simpson** - Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

Im Hinblick auf die interne Organisation gehören dem Vorstand der S&D-Fraktion seit September 2012 folgende Mitglieder mit ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen an:

- **Hannes Swoboda**, Fraktionsvorsitzender
- **Enrique Guerrero Salom**, parlamentarischer Geschäftsführer
- **Bernhard Rapkay**, Kommunikation, interinstitutionelle Beziehungen
- **Veronique de Keyser**, Auswärtige Angelegenheiten, inklusive der südlichen Dimension, dem arabischen Frühling und Naher Osten
- **Libor Rouček**, Auswärtige Angelegenheiten, inklusive der transatlantischen Beziehungen und der östlichen Dimension, Russland und dem Balkan
- **Patrizia Toia**, Budget und Kohäsionspolitik
- **Corina Crețu**, Gleichstellung der Geschlechter und Frauenfragen
- **Stephen Hughes**, Ökonomische und Soziale Fragen
- **Marita Ulvskog**, Nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit
- **Sylvie Guillaume**, das Europa der Bürger
- **Edit Herczog**, Schatzmeisterin

DIE RICHTUNG UMKEHREN

Die Notwendigkeit für sozialistische und sozialdemokratische Strategien

“ Wir alle sollten nicht vergessen, dass die EU und ihre Institutionen bei der Umsetzung von Politiken und politischer Neugestaltung, für die wir uns einsetzen, eine Schlüsselrolle spielen. ”

Die Notwendigkeit, breit angelegte sozialistische und sozialdemokratische Strategien zu entwickeln, ist nie größer gewesen als heute, in einem Moment, in dem wir uns in der Minderheit befinden. Im Europäischen Parlament hat die S&D-Repräsentation an Gewicht verloren. Im Rat gibt es eine klare konservative Mehrheit, aber bei jüngsten Wahlen in mehreren Mitgliedstaaten gab es Regierungswechsel zugunsten progressiver Kräfte, und wir haben große Hoffnung, dass sich dieser positive Trend in nächster Zeit fortsetzen wird. Innerhalb der Kommission ist die Lage am schwierigsten, da lediglich sechs der 27 Kommissare unserer politischen Familie angehören, was dazu geführt hat, dass diese Institution nicht mehr das globale politische Gleichgewicht in der EU repräsentiert.

Unter diesen Umständen haben SPE und S&D-Fraktion keine andere Wahl, als noch mehr als früher auf die enge Zusammenarbeit mit sozialistischen und sozialdemokratischen Mitgliedern in den drei EU-Institutionen und den nationalen Parlamenten zu setzen. Unsere politische Familie muss aus der Vergangenheit lernen, als interne Spaltungen zu schwierigen Situationen geführt haben, wie zum Beispiel die Wiederwahl José Manuel Barroso zum Kommissionspräsidenten.

Die S&D-Fraktion möchte ihr Engagement, wie bereits in unserem Bericht zum Prager SPE-Kongress erwähnt, verstärken und zusammen mit der SPE an einem fundamentalen Problem unserer politischen Familie arbeiten. Während

des vergangenen Jahrzehnts haben die EU und ihre Institutionen im allgemeinen, sowie die grenzübergreifende Zusammenarbeit von Sozialisten und Sozialdemokraten im besonderen, nicht immer die angemessene Aufmerksamkeit von Sozialisten, Sozialdemokraten und Progressiven auf nationaler Ebene erhalten. Wir alle sollten nicht vergessen, dass die EU und ihre Institutionen bei der Umsetzung von Politiken und politischer Neugestaltung, für die wir uns einsetzen, eine Schlüsselrolle spielen. Zudem kommt dem Europäischen Parlament durch das Inkrafttreten des Lissabonvertrages eine noch bedeutendere Rolle in den europäischen Entscheidungsprozessen zu.

Die Fraktion begrüßte die Tatsache, dass die SPE die Stärkung unserer politischen Familie zu einem Hauptthema des Prager Kongresses gemacht hatte. Gegenwärtig ist die Unterstützung bei den Wahlen für den Großteil unserer Parteien geringer als erforderlich, aber die jüngsten Wahlen in Europa haben mehr und mehr gezeigt, dass die Bürger von konservativer Politik und deren eklatantem Versagen in diesen Zeiten der ökonomischen, finanziellen und sozialen Krise enttäuscht und empört sind. Jetzt ist es an der Zeit aufzuzeigen, dass wir gemeinsam eine echte Alternative zu dieser Politik bieten können. Ein fairer Weg aus der Krise basiert auf Solidarität, sozialer Gerechtigkeit, Investitionen und Beschäftigung. Dies ist der richtige Zeitpunkt, um Parteien, Parlamentarier, Stiftungen und Parteimitglieder auf allen Ebenen zu mobilisieren.

“ Die S&D-Fraktion, bei vollem Respekt für die Rolle der nationalen Parteien und der SPE, beabsichtigt, ihren eigenen Beitrag zu der Debatte zu leisten und die Tatsache zu nutzen, dass die Fraktion eine einzigartige, ständige Begegnungsstätte für europäische sozialistische, sozialdemokratische und progressive Kräfte ist. ”

Zuallererst ist es die Aufgabe der SPE sicherzustellen, dass aus der Debatte um die Zukunft der europäischen Sozialdemokratie eine wirklich grenzübergreifende Diskussion wird und nicht lediglich eine Ansammlung nationaler Überlegungen. Die S&D-Fraktion, bei vollem Respekt für die Rolle der nationalen Parteien und der SPE, beabsichtigt, ihren eigenen Beitrag zu der Debatte zu leisten und die Tatsache zu nutzen, dass die Fraktion eine einzigartige, ständige Begegnungsstätte für europäische sozialistische, sozialdemokratische und progressive Kräfte ist.

Mit Unterstützung unserer Mitglieder möchte der Fraktionsvorsitzende aktiv zur Stärkung der internen Kooperation unserer politischen Familie beitragen und hat daher eine Europarundreise unternommen, um Vorsitzende und Repräsentanten unserer politischen Kräfte aufzusuchen.

Wir sind davon überzeugt, dass eine Beratung mit Wissenschaftlern und der Zivilgesellschaft wichtig ist, um uns bei der Entwicklung unserer Ideen zu helfen. Vor diesem Hintergrund haben wir eine erste Reihe von Diskussionen mit Wissenschaftlern, Politikern und der Zivilgesellschaft zwischen 2009 und 2011 organisiert, um Konsequenzen aus der Europawahl 2009 zu ziehen. Anschließend hat sich die S&D-Fraktion am 29. Juni 2012 in Florenz getroffen, um eine neue Strategie für die Zukunft der Europäischen Union zu entwickeln: „Relaunching Europe – alternative Visionen für die Zukunft“, die eine eingehende Betrachtung und Analyse der Grundwerte der Europäischen Union ermöglicht.

Ziel ist es, die Perspektive von Entscheidungsträgern zu erweitern und sie zu ermutigen, sich vom täglichen Krisenmanagement hinweg zu einer langfristigeren Vision und Reflexion über die Bedürfnisse Europas und der Europäer zu bewegen.

Wir sind stolz auf unsere tägliche Zusammenarbeit und den offenen Dialog mit der SPE und sozialistischen und sozialdemokratischen Akteuren wie FEPS, ECOSY, dem Globalen Progressiven Forum (GPF) und anderen. Diese tägliche Zusammenarbeit und der Dialog drücken sich in der großen Anzahl gemeinsam organisierter Aktivitäten aus, zu denen unsere Fraktion mit Personal und Finanzierung beigetragen hat³.

Darüber hinaus streben wir festere Beziehungen zu Vertretern der Zivilgesellschaft an, um Kooperation, Zukunftsperspektiven und gegenseitiges Vertrauen zu verbessern; dabei konzentrieren wir uns auf zwei Kategorien: Gewerkschaften (insbesondere den Europäischen Gewerkschaftsbund) und NROs einerseits⁴, und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Ausschuss der Regionen andererseits⁵. Vor dem Hintergrund der europäischen Staatsschuldenkrise und der Logik des Lissabonvertrags⁶ entsprechend haben wir beschlossen, der Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Fraktionen in den nationalen Parlamenten höheren Stellenwert beizumessen.

Die politischen Prioritäten und parlamentarischen Aktivitäten der S&D Fraktion

Das Inkrafttreten des Lissabonvertrags hatte starke Auswirkungen auf die Kompetenzen des Europäischen Parlaments und folglich auch auf die Instrumente der S&D-Fraktion zur Umsetzung ihrer politischen Prioritäten. Bis auf wenige Ausnahmen hat der neue Vertrag im Gesetzgebungsverfahren das Europäische Parlament auf die gleiche Ebene mit dem Rat gehoben, insbesondere in den Bereichen Budget, gemeinsame Agrarpolitik und Justiz- und Innenpolitik.

³ Die finanzielle Beteiligung zu solchen gemeinsamen Aktivitäten beträgt 529,686 € für den Zeitraum 1. Juli 2009 – 30. Juni 2012, weitere 118,825 € sind für das restliche Jahr 2012 bestimmt. Unsere finanzielle Beteiligung findet meist in Form von Konferenzen, Runden Tischen, Workshops, Arbeitsessen, Materialproduktion, Ständen, Delegationen und Zuschüssen im Rahmen der Regulierung über die Nutzung von EU-Finzen statt.

⁴ Ein Hauptziel der Arbeit der Fraktion mit der Zivilgesellschaft ist gewesen, die Zivilgesellschaft auch außerhalb von Brüssel zu erreichen. Das Endziel muss sein, dass Informationen zwischen Gewerkschaftsvertretern und Vertretern der Zivilgesellschaft in allen 27 Mitgliedstaaten zirkulieren. Dies wird das politische Profil der Fraktion erhöhen und einen vielschichtigen Effekt haben. In diesem Zusammenhang ist unsere Kooperation mit SOLIDAR besonders wichtig, da ihr eine zentrale Rolle zwischen NROs, Gewerkschaften und EU-Institutionen zukommt. Auch sollte die Beteiligung der S&D-Fraktion in der sogenannten „Trade Unions Intergroup“ des EP beachtet werden, die eine stete Konsultation des EGB fördert und Synergien schafft bezüglich aktuellen EU-Gesetzesvorhaben.

⁵ Die SPE-Fraktion im Ausschuss der Regionen und die Arbeitnehmergruppe im Wirtschafts- und Sozialausschuss sind unsere Schlüsselpartner in einem konstanten Dialog und Kooperation bei legislativen und politischen Fragen. Zum Beispiel haben wir eine gemeinsame task force zu der Reform der Kohäsionspolitik gegründet, die zu der Verabschiedung von einem Zehn-Punkte-Manifest für die Verhandlungen über das Kohäsionsprogramm der Jahre 2012 - 2020 geführt hat. Ein weiteres Beispiel ist unsere Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmergruppe im Wirtschafts- und Sozialausschuss im Rahmen der Richtlinie über die kombinierte Aufenthalts-/Arbeitslaubnis.

⁶ Unser Fraktionsvorsitzender Hannes Swoboda bereitet gerade Konferenzen mit fast allen seinen Amtskollegen aus den nationalen Parlamenten in der EU vor. Die Debatte hat sich bislang auf EU-weite Themen konzentriert, wie „eine sozialistische Agenda für Europa“, „Alternative Wege aus der Krise: Fiskalpaket, Wachstum und Beschäftigung“ und „der nächste mehrjährige Finanzrahmen, eigene Ressourcen und die Finanztransaktionssteuer“. Ein weiteres, demnächst zu behandelndes Thema ist die Rolle der Parlamente, sowohl der nationalen als auch des Europäischen, im Rahmen des Europäischen Semesters.

Unsere soziale und wirtschaftliche Alternative



Für die S&D-Fraktion liegt die entscheidende politische Auseinandersetzung dieser Legislaturperiode in der Bekämpfung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise sowie im Einsatz für ein neues Entwicklungsmodell, welches den Wandel von einer engstirnigen, marktdominierten Vision hin zu einem umfassenderen Gesellschaftsbild mit einem anderen Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen vollzieht, mit einem neuen Gleichgewicht der Marktkräfte und intelligenter Regulierung sowie einer neuen zentralen Rolle für Nachhaltigkeit.



Wir setzen uns für die Entwicklung einer gerechteren Gesellschaft ein und bekämpfen die Ungleichheiten, die die aktuelle Krise noch weiter verschärft hat. Dabei geht es vorrangig um die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wir sind davon überzeugt, dass der Aufbau einer sozial integrativen Gesellschaft für die nachhaltige Erholung der Wirtschaft grundlegend ist.

“ Wir fordern einen anderen Weg aus der Krise als Alternative zur “Austeritäts”-Strategie der Kommission und der konservativen Mehrheit im Rat. ”

“ Wir sind davon überzeugt, dass der Aufbau einer sozial integrativen Gesellschaft für die nachhaltige Erholung der Wirtschaft grundlegend ist. ”

Seit Beginn dieser Legislaturperiode hat sich die S&D-Fraktion für eine ausgeglichene, faire und couragierte Antwort auf die Krise eingesetzt. Schon seit Anfang 2010 fordern wir einen anderen Weg aus der Krise als Alternative zur “Austeritäts”-Strategie der Kommission und der konservativen Mehrheit im Rat. Unsere Kernforderungen finden allmählich ihren Platz auf der Agenda der Kommission: Finanztransaktionssteuer, differenzierte, von der individuellen Kapazität des jeweiligen Mitgliedstaates abhängige Konsolidierung, Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen (Projektbonds, Europäische Investitionsbank), Eurobonds, strengere Finanzregulierung und mehr demokratische Legitimität der Europäischen Wirtschaftsregierung. Diese essentiellen Elemente für eine neue Wachstumsagenda werden leider nicht schnell und umfangreich genug umgesetzt, wodurch die Krise sich weiter festsetzt und die Arbeitslosigkeit immer neue Rekordmarken erreicht. Dieser Kampf ist daher noch lange nicht zu Ende und wird eine Priorität unserer Arbeit in der verbleibenden Legislaturperiode bleiben.

Zentraler Bestandteil unseres Ansatzes ist unsere beharrliche Forderung nach einer ökologischen Wirtschaftspolitik, die mit einem gerechteren und wohlhabenden Europa Hand in Hand geht. Wir sind davon überzeugt, dass ein neues nachhaltiges Wirtschaftsmodell von elementarer Bedeutung in unserem Kampf gegen den Klimawandel ist und zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und Wohlstandsmehrung beitragen wird. Wir beabsichtigen, das Thema auf der politischen Agenda ganz oben zu halten, mit dem doppelten Ziel der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und des Umweltschutzes. Die Verpflichtung zur Schaffung von 10 Millionen grüner Arbeitsplätze im SPE-Manifest stellt ein Hauptanliegen dar, welches mit Maßnahmen in den Bereichen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz (insbesondere in alten Häusern), nachhaltigem Transport, Umschulungsprogrammen und F&E-Investitionen flankiert werden muss.

Zu den Hauptstreitpunkten gehören die neue EU-2020-Strategie, die Finanzmarktregulierung, die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und starke soziale Rechte - inklusive Gleichstellung der Geschlechter, eine überarbeitete Arbeitnehmerentsenderichtlinie und eine Rahmenrichtlinie über öffentlichen Dienstleistungen. Die Krise setzt das europäische Sozialmodell unter enormen Druck. Gleichwohl stellen wir uns entschieden gegen dessen schleichende Demontage unter dem Deckmantel von “anti-Krisen”-Strukturreformen. Es muss eine Linie gezogen werden zwischen der erforderlichen Modernisierung unserer Sozialsysteme und Arbeitsmärkte einerseits und Abstrichen bei sozialen Rechten und Gerechtigkeit andererseits. Unsere Fraktion bekennt sich weiterhin entschieden zu einem “sozialen Europa”, das neu gestartet werden muss, sobald es die politischen Rahmenbedingungen erlauben.

Solidarität und Zusammenhalt in ganz Europa

“ Das EU-Budget bleibt eines der einflussreichsten Finanzinstrumente im Dienste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und zur Anschubfinanzierung von Wachstum und Arbeitsplätzen. ”

Nicht weniger wichtig wird die anstehende Auseinandersetzung über die finanzielle Vorausschau der EU und damit verbundene Themen wie Ausgaben im Landwirtschaftsbereich, für die Fischerei und die Kohäsionspolitik. Dies wird weitreichende Konsequenzen für die Fähigkeiten der EU haben, ihren Bürgern zu dienen. Das EU-Budget bleibt eines der einflussreichsten Finanzinstrumente im Dienste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und zur Anschubfinanzierung von Wachstum und Arbeitsplätzen.

Die laufenden Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014-20 sollten zur Bereitstellung von Mitteln führen, um den Anforderungen an eine ambitionierte EU gerecht zu werden, insbesondere die notwendige Finanzierung der EU-2020 Strategie. Wir bestehen in den Verhandlungen auf einer "bottom-up" Herangehensweise, in dem die Ziele und Prinzipien noch vor den finanziellen Zusagen beschlossen werden. Außerdem bestehen wir auf einem transparenteren, fairen, nachhaltigen, nachvollziehbaren und effizienten Eigenmittelsystem, welches budgetneutral und im Einklang mit den EU-Verträgen ist.

Die Art und Weise des Managements der EU-Fonds ist von größter Bedeutung für die S&D-Fraktion. Unsere Mitarbeit bei der Erstellung der überarbeiteten Finanzregulierung unterstreicht die Notwendigkeit von Transparenz, Verlässlichkeit, Vereinfachung und Flexibilität bei der Nutzung finanzieller Ressourcen. Die S&D-Fraktion hat stets darauf bestanden, dass Mitgliedstaaten deutlicher ihre Verantwortung bei der Verwaltung der EU-Fonds übernehmen. Darüber hinaus unterstützt unsere Fraktion die Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung.

Wir unterstützen eine tiefgreifende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013, um die Produktion rentabler Landwirtschaftsprodukte zu unterstützen. Darüber hinaus muss das Langzeitmanagement natürlicher Ressourcen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze in ländlichen Regionen gefördert werden. Eine reformierte und gestärkte Gemeinsame Agrarpolitik sollte in der Lage sein, die Preisschwankungen bei Grundnahrungsmitteln abzufedern, den Zugang zu Nahrungsmitteln für Mittellose zu erleichtern und die Rolle der EU bei der globalen Ernährungssicherheit zu stärken. Wir brauchen eindeutige Legitimitätsgrundlagen für den Einsatz der Agrarfonds mit einem Fokus auf den Ausgleich für öffentliche Güter, die Landwirte der Gesellschaft zur Verfügung stellen, wie zum Beispiel den Schutz unserer Umwelt.



Die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik soll die Nachhaltigkeit der Europäischen Fischerei und Erholung der Fischbestände garantieren. Durch den Abbau von Überkapazitäten und die Regionalisierung des Fischereimanagements sollen Überfischung und Verschlechterung der Wasserqualität eingedämmt werden.

Unsere Fraktion nimmt in den Verhandlungen über den zukünftigen Rechtsrahmen der Kohäsionspolitik mit der Europäischen Kommission und dem Rat eine Hauptrolle ein und betont die Bedeutung des regionalen Zusammenhalts und der Solidarität. Die Position unserer Fraktion wurde in einem 10-Punkte-

Papier zusammen mit unseren Genossen im Ausschuss der Regionen erarbeitet. Wir betonen darin die Themen intelligentes Wachstum, Widerstand gegen makroökonomische Konditionalität, die Zwischenkategorie von Regionen und die Rolle, die Regionen und lokale Verwaltungsbehörden bei Partnerschaftsverträgen spielen. Unsere Politik richtet sich auch gegen Armut und Arbeitslosigkeit und unterstützt eine nachhaltige Transportpolitik, die Klimaziele und den demografischen Wandel berücksichtigt. Darüber hinaus ist ein gemeinsamer strategischer Rahmen zur Koordinierung der Kohäsionspolitik mit anderen EU-Politikfeldern von entscheidender Bedeutung.

“ Unsere Politik richtet sich auch gegen Armut und Arbeitslosigkeit und unterstützt eine nachhaltige Transportpolitik, die Klimaziele und den demografischen Wandel berücksichtigt. ”

Eine nachhaltige Entwicklung im Dienste der Bürger und Bürgerinnen

“Umweltpolitische Fragen und das Konzept der nachhaltigen Entwicklung bleiben weiterhin gültig und sollten vollumfänglich Eingang in den globalen Krisenansatz finden.”

Die Dringlichkeit der aktuellen Krise hat umweltpolitische Fragen zu einem gewissen Grad in den Hintergrund gedrängt und das Konzept der nachhaltigen Entwicklung auf der globalen politischen Agenda herabgesetzt. Diese Konzepte bleiben aber weiterhin gültig und sollten vollumfänglich Eingang in den globalen Krisenansatz finden.

Wir haben die Verhandlungen zur Energieeffizienz-Richtlinie erfolgreich abgeschlossen. Auch wenn das Ergebnis weit von unseren anfänglichen Forderungen abweicht, wird es trotzdem zu der Einhaltung der 20-Prozent-Energieeffizienzziele deutlich beitragen.

Aktuell laufen die Vorbereitungen für neue Gesetze zur Finanzierung der Infrastrukturmodernisierung. Ziel ist eine effiziente und moderne Infrastruktur, die den Herausforderungen unserer Klima- und Energieziele gewachsen ist.

Wir haben uns an vorderster Front beim strategisch wichtigen "Horizont 2020: Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (2014-2020)" engagiert, welches ein grundlegendes Instrument zur Krisenüberwindung darstellt. Wir haben uns dabei insbesondere für die Schwerpunktsetzung auf Kleinere und Mittlere Unternehmen sowie Arbeitskräfte stark gemacht.

Die Interessen der Verbraucher sind Grundlage und Antrieb unserer Positionierung bei der Reduzierung von Roaminggebühren bei mobiler

Nachrichtenübermittlung und Internetbenutzung. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Konzept zusätzlicher Kosten bei Auslandsgesprächen grundsätzlich abgeschafft wird und ein einheitlicher europäischer Markt für Roaming entstehen kann.

Wir führen das Parlament an bei der Unterstützung von Infrastrukturinvestitionen, um Europa mit einem ausreichend finanziell ausgestatteten, multimodalen und nachhaltigen Transportnetzwerk zu verbinden. Nach langen und intensiven Verhandlungen mit dem Rat über die Neufassung des ersten Eisenbahnpakets ist es uns gelungen, den Weg für einen umfassenden Europäischen Eisenbahnraum zu ebnen. Derweilen verzögert sich noch die Implementierung des einheitlichen europäischen Luftraums. Gleichzeitig setzen wir unseren Einsatz für niedrigere Kosten und geringeren Kraftstoffverbrauch unvermindert fort.

Zum Schutz der Umwelt hat sich unsere Fraktion für die Annahme der Richtlinie zur eingeschränkten Verwendung gefährlicher Substanzen in elektronischer Ausrüstung eingesetzt. Dadurch wird die Entstehung giftiger Abfälle bei der Entsorgung auf ein Minimum reduziert. Außerdem waren wir im Gesetzgebungsverfahren zur Richtlinie über Elektro- und Elektronikabfälle sehr aktiv, die zur Vermeidung von Umweltschäden bei gleichzeitiger Wiederverwertung wertvoller Materialien in Elektrogeräten beiträgt. Im Rahmen der Verordnung über Treibhausgasemissionen von



Lieferwagen haben wir die Entwicklung grüner Technologien unterstützt, die die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern und europäischen Herstellern einen qualitativen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Weitere Beispiele für unser umweltpolitisches Engagement sind die Verordnung über Biozid-Produkte, die "Seveso III"-Richtlinie und die Verordnung über illegale Abholzung.

Für uns ist der faire Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung für alle EU-Bürger essentiell. Das herausragende Beispiel in diesem Bereich ist die Richtlinie zum Patientenrecht in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, in der wir die Ausgewogenheit zwischen dem Recht auf bestmögliche Versorgung und der nachhaltigen Finanzierung nationaler Gesundheitssysteme

erreichen konnten. Außerdem haben wir intensiv an weiteren wichtigen Gesetzgebungen mitgewirkt (z.B. Arzneimittelfälschung und Pharmakovigilanz), die auf die Verbesserung der Patientensicherheit abzielen. Außerdem haben wir die Führungsrolle bei der Annahme der Verordnung über Lebensmittelinformation für Verbraucher übernommen.

“Die Interessen der Verbraucher sind Grundlage und Antrieb unserer Positionierung.”

Unser Einsatz für ein demokratisches Europa und den Schutz der Grundrechte unserer Bürger und Bürgerinnen

“ Wir arbeiten weiter dafür, dass der Lissabonvertrag ein demokratischeres Europa für die Bürger hervorbringt. ”

Im Bereich des Europas der Bürger und Bürgerinnen gibt es einige Punkte von strategischer Bedeutung, bei denen die Fraktion erbittert gekämpft hat, um unsere Wertvorstellungen über universale Menschenwürde, reine Menschlichkeit und persönliche Sicherheit zu verteidigen und zu fördern.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass das Schengen-System als europäische Angelegenheit behandelt wird. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, so einen wesentlichen Teil unseres europäischen Projekts, das nicht nur auf dem gemeinsamen Binnenmarkt, sondern auch auf dem Prinzip der Freizügigkeit beruht, zu untergraben oder wieder zu nationalisieren.

Unsere Auseinandersetzung mit der extremen Rechten einschließlich ihrer Folgen für die Roma betont unsere starke und einstimmige Haltung gegen Extremismus und hebt neben den Bedrohungen am rechten Rand auch seinen Einfluss auf die Politik etablierter rechter Parteien und Regierungen hervor. Bei unserem Ansatz zu Immigration, Asyl und Integration nutzen wir die seit Lissabon ausgeweiteten Befugnisse des Parlaments und gehen auf die Faktoren ein, die Menschen dazu bewegen, in die EU einzuwandern und dort Asyl zu suchen, wobei wir auch positiv an legale Migration und Integration herangehen. Wir arbeiten für eine nachhaltige, auf dem Respekt der Menschenrechte und den Grundfreiheiten durch europäische und internationale Gesetzgebung basierende Asylpolitik.

Unsere Fraktion wird den Druck für einen ambitionierten europäischen Ansatz der Nichtdiskriminierung aufrechterhalten, indem wir sicherstellen, dass bereits bestehendes Recht voll umgesetzt, angewendet und überwacht wird - und dass die horizontale Richtlinie im Rat nicht begraben oder verwässert wird.

Wir arbeiten weiter dafür, dass der Lissabonvertrag ein demokratischeres Europa für die Bürger hervorbringt. Wir waren besonders beim SWIFT-Abkommen erfolgreich, wo das Parlament zum ersten Mal seine neuen Kompetenzen nach Lissabon genutzt hat und seine Zustimmung zu einem sehr umstrittenen Abkommen zwischen den USA und der EU verweigerte, das die Aufbereitung und Weitergabe von Bankdaten im Kampf gegen Terrorismus und Schwerverbrechen betraf. Dadurch wurden die Kommission und die USA gezwungen, ein neues Abkommen mit besseren demokratischen Garantien auszuhandeln, selbst wenn einzelne Aspekte kontrovers blieben. Dies war ein Teil unserer Arbeit, um die Sorgen unserer Bürger über Datenschutz zur Sprache zu bringen, eine Angelegenheit, die wir hoch auf unsere politische Agenda setzen.

Eine weitere wichtige Innovation des Lissabonvertrags ist die Europäische Bürgerinitiative, die es einer Million EU-Bürgern ermöglicht, die Kommission direkt dazu aufzufordern, zu einem bestimmten Thema einen Rechtsakt vorzuschlagen. Das verstärkt somit die direkte Demokratie und öffentliche Beteiligung an der europäischen Debatte. Unsere Fraktion hatte diese Initiative zum Zeitpunkt der Verhandlungen über diese Regulierung sehr unterstützt.

Unsere Fraktion war die entscheidende Kraft bei der Ablehnung von ACTA, dem Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen. Obwohl wir anerkennen, dass Verletzungen des geistigen Eigentums weiter zunehmen und internationale Maßnahmen erforderlich sind, hat unsere Fraktion die vielen ernsthaften Sorgen unserer Bürger aufgrund der Verschwommenheit des Texts und möglicher Verletzungen der Bürgerrechte klar erkannt.



“ Die Fraktion hat erbittert gekämpft, um universale Menschenwürde, reine Menschlichkeit und persönliche Sicherheit zu verteidigen und zu fördern. ”

Europa in der Welt: die universellen Werte der Demokratie und Solidarität fördern

In den letzten Jahren hat die S&D-Fraktion eine kohärente Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt, die auf den Prinzipien der Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit basiert. Die Fraktion zeigt sich weiterhin offen, um ihre Werte auf internationaler Ebene, wo neue geopolitische Gleichgewichte und noch stärkere Interdependenz auftreten, zu fördern.

Die Fraktion hat konstant Respekt für internationales Recht und Menschenrechte eingefordert und tritt für den auf einem effizienten internationalen Regelwerk basierenden Multilateralismus ein. Sie hat eine strategischere, kohärentere und ganzheitliche EU-Außenpolitik entwickelt und dabei vollen Gebrauch der institutionellen Innovationen des Lissabonvertrags gemacht – zum Vorteil der EU-Bürger und denen aus Drittstaaten. Sie hat die neuen Kompetenzen des Parlaments, insbesondere auf dem Gebiet des internationalen Handels, eingesetzt.

Der Erfolg unserer internationalen Initiativen hängt auch von den aktiven Arbeitsbeziehungen zu den fortschrittlichen Kräften auf der ganzen Welt ab. Durch die Aktivitäten der Delegationen des Europäischen Parlaments und der vier gemeinsamen parlamentarischen Versammlungen (AKP/EU, EUROLAT, EUROMED und EURONEST) konnte die Fraktion ihre Kontakte mit fortschrittlichen Parlamentariern aus aller Welt vervielfältigen sowie ihre Mitglieder den Dialog mit der Zivilgesellschaft und zahlreichen Nichtregierungsorganisationen in enger Zusammenarbeit mit örtlichen progressiven Stiftungen aufnehmen.

Besonders hervorzuheben ist die intensivierte Zusammenarbeit im Falle von Lateinamerika und EUROLAT durch neu etablierte, permanente Kommunikationskanäle und gemeinsame Aktivitäten zwischen S&D-Abgeordneten und Parlamentariern aus Lateinamerika. Ein anderes Beispiel ist das World Forum of Progressive Parliamentary Leaders, zu dessen Entwicklung wir uns mit Unterstützung des Globalen Progressiven Forums verpflichtet haben.



Die Fraktion hat sich besonders auf die östliche und südliche Nachbarschaft der EU als vorrangige Regionen konzentriert. Hier sind unsere Möglichkeiten, zu positiven Veränderungen beizutragen, am größten. Wir unterstützen weiterhin die EU-Erweiterungspolitik und den Beitrittsprozess der Kandidatenländer mit besonderem Augenmerk auf den westlichen Balkan und die Türkei.

Die S&D-Fraktion hat den Beitritt Kroatiens zur EU vorangebracht, besonders dadurch, dass wir unsere Schwesterpartei im Verhandlungsprozess begleitet haben und kroatische Beobachter, Praktikanten und Mitarbeiter integrierten. Dasselbe gilt für Island.

Die Fraktion hat, auch über das Globale Progressive Forum, die Vorreiterrolle im Europäischen Parlament in der Mittelmeerraum- und Nahostpolitik, insbesondere im Hinblick auf den arabischen Frühling und den Konflikt zwischen Israel und Palästina. S&D-Abgeordnete brachten zentrale parlamentarische Initiativen bezüglich Tunesien, Libyen und Syrien ein. Mehrere Konferenzen und weitere Veranstaltungen zum arabischen Frühling wurden organisiert, insbesondere mit jungen Vertretern aus den Staaten des arabischen Frühlings und anderen sowie der syrischen Opposition. Fraktionsvorsitzende besuchten Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete, um unsere Beziehungen zu Schwesterparteien und gleichgesinnten Akteuren in der Zivilgesellschaft zu stärken. Als konkrete Maßnahme hat die Fraktion ein „Praktikum Arabischer Frühling“ eingerichtet.

Weiterhin verfolgen wir unser Ziel eines transatlantischen fortschrittlichen Netzwerks. Die Fraktion hat ihre transatlantischen Beziehungen verstärkt und koordiniert und auf diese Weise

sowohl den Informationsaustausch zwischen Abgeordneten entwickelt als auch das Netzwerk auf Bereiche ausgeweitet, wo beide Parlamente eine wesentliche Rolle spielen: Die Regulierung der Finanzmärkte, die Finanztransaktionssteuer, Wirtschaft und Handel, sowie Bürgerrechte und soziale Gerechtigkeit⁷.

Die Fraktion und ihr Vorsitzender haben sich aktiv an den dynamischen EU-Russland Beziehungen beteiligt, indem sie über das letzte Jahrzehnt hinweg den Dialog gepflegt und sich regelmäßig mit ihren Partnern von der „Partei Gerechtes Russland“, Repräsentanten der gesetzgebenden Organe und der Regierung in Moskau getroffen haben.

In den letzten Jahren hat die S&D-Fraktion einen dynamischen und substanziellen Dialog mit China entwickelt. Unsere Fraktion hat sehr aktiv bei der Organisation des „EU & China High Level Political Parties & Groups Forum“ mitgewirkt – eine aus einer Vielzahl herausragende Aktivität.

Wie bereits erwähnt hat unsere Fraktion den Dialog und die Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen, zumeist mitte-links regierten Ländern, gepflegt. Die Fraktion hat sich auf die neuen lateinamerikanischen Realitäten eingestellt, die sich seit dem Beginn der letzten Legislaturperiode stark verändert haben. Sie ist bereits sehr aktiv bei der Vorbereitung der nächsten Weltkonferenz des Globalen Progressiven Forums, die im nächsten Frühjahr in Brasilien stattfinden wird.

Gleichzeitig verstärken wir unsere Anstrengungen, um neue Diskussionsforen mit aufstrebenden Mächten wie Brasilien, Indien und Südafrika zu schaffen.

“ Die Fraktion hat konstant Respekt für internationales Recht und Menschenrechte eingefordert und tritt ein für Multilateralismus, der auf einem effizienten internationalen Regelwerk basiert. ”

⁷ Bei PNR und SWIFT nahm die Fraktion eine Führungsrolle ein in der Positionsfindung des Parlaments und bei der Vermittlung mit unseren amerikanischen Verhandlungspartnern, was unsere Verpflichtung zu einer ausgeglichenen Beziehung zeigt.



Seit mehreren Jahren hat unsere Fraktion die Schaffung eines EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte gefordert. Nun ist mit Stavros Lambrinidis ein ehemaliger S&D-Abgeordneter für den Posten nominiert worden. Wir erwarten, dass er in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament dafür sorgt, dass die Menschenrechte eine Konstante in allen Bereichen der EU Außenpolitik darstellen.

Wir haben die neuen Kompetenzen des Parlaments in den Außenbeziehungen der Union genutzt, beispielsweise bei Freihandelsabkommen, um gegen Diskriminierung und für gleiche Rechte und Möglichkeiten zu kämpfen. Dabei konzentrierten wir uns auf die Situation von Frauen und Kindern und auf unsere Unterstützung für Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen. Wir haben ganz entschieden unsere fundamentalen Werte eingebracht und bestanden auf bindenden sozial-, arbeits- und umweltpolitischen Regeln für alle Freihandelsabkommen. Genauso waren wir, wie bereits zuvor erwähnt, Vorkämpfer bei der Ablehnung von ACTA durch das Parlament, um sicherzustellen, dass geistiges Eigentum und Innovation nicht auf Kosten der Bürgerrechte verteidigt werden.

Solidarität bleibt der Kern unserer politischen Arbeit. Wir haben sichergestellt, dass Entwicklungspolitik weiterhin an prominenter Stelle auf der Agenda

steht. Die Überwindung von Armut, das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele, die Effektivität von Entwicklungshilfe und Kohärenz der verschiedenen Politikbereiche im Bezug auf Entwicklung bleiben unsere Prioritäten in einem Ansatz, der auf Menschenrechten, Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und "good governance" beruht. Wir unterstützen den Regionalisierungsprozess, Multilateralismus, eine verbesserte Repräsentation von Entwicklungsländern in regionalen Organisationen und eine starke Rolle für lokale und regionale Behörden im Dialog mit der Zivilgesellschaft. Wir machten uns für neue Formen der Süd-Süd-Kooperation stark und traten für gleichwertige partnerschaftliche Beziehungen mit Afrika ein.

Unsere Fraktion hat besonderes Augenmerk darauf gelegt, eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU zu fördern. Wir stehen im Dialog mit Experten und Nichtregierungsorganisationen, um die kurz- und langfristigen Bedrohungen für unsere Bürger zu identifizieren und auszuräumen. Wir haben aktiv den erfolgreichen Transfer von Aufgaben der früheren Westeuropäischen Union in die EU-Architektur unter der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) begleitet. Dabei kümmern wir uns auch um die im Lissabonvertrag vorgesehene Implementierung der Solidaritäts- und gegenseitigen Beistandsklauseln.

“ Wir haben gegen Diskriminierung und für gleiche Rechte und Möglichkeiten gekämpft. Dabei konzentrierten wir uns auf die Situation von Frauen und Kindern und auf unsere Unterstützung für Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen. ”



Hannes Swoboda
Vorsitzender der S&D-Fraktion

Brüssel, 12 September 2012



Anna Colombo
Generalsekretärin der S&D-Fraktion

Brüssel, 12 September 2012



www.twitter.com/TheProgressives



www.facebook.com/socialistsanddemocrats



www.youtube.com/socsanddems



www.flickr.com/photos/socsanddems



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

www.socialistsanddemocrats.eu